

Berlin, 15.05.2019

Junge Europäische Bürgerinitiative WPSEU 121/2019

5 Fragen und 5 Antworten zur Europawahl 2019

Frage 1:

Was wird Ihre Partei tun um dem Europa-Parlament mehr Macht zu geben?

Antwort:

Das Europäische Parlament ist der zentrale Ort für die Vertretung der Menschen in Europa, für politische Debatten und Entscheidungen. Seit 40 Jahren wird es alle fünf Jahre direkt von den Bürgerinnen und Bürgern der EU gewählt. Als Vertretung dieser ist es endlich an der Zeit, dass das Europäische Parlament auf gleicher Höhe mit dem Rat der Ministerinnen und Minister steht. Deshalb wird sich die SPD dafür stark machen, dass die europäischen Volksvertreterinnen und Volksvertreter selbst Initiativen starten können für Gesetzesvorhaben. Bisher beschränkt sich das Initiativrecht des Europäischen Parlaments auf die Möglichkeit, die Kommission zur Vorlage eines Vorschlags aufzufordern. Zudem setzen wir uns für die Einführung eines gestärkten Untersuchungsrechtes für das Europäische Parlament ein. Untersuchungsausschüsse müssen insbesondere die Möglichkeit erhalten, Personen vorzuladen, damit das Parlament Missstände besser aufarbeiten und die Exekutive wirksamer kontrollieren kann. Die Instrumente des Europäischen Parlaments, einzelne Kommissionsmitglieder während der gesamten Dauer ihrer Amtszeit zur Rechenschaft zu ziehen, sollten verbessert werden. Bei groben Fehlverhalten sollte das Europäische Parlament nicht nur der gesamten Kommission, sondern auch einzelnen Mitgliedern mit qualifizierter Mehrheit das Misstrauen aussprechen können

Frage 2:

Wie kann Diskriminierung gegen Musliminnen und Muslime in der EU abgebaut werden und wie kann ihre politische Teilhabe auf kommunaler, nationaler und EU Ebene gestärkt werden?

Antwort:

Muslimen und der Islam sind Teil der europäischen Gemeinschaft. Für die SPD sind die Religionsfreiheit und der Schutz vor Diskriminierung universelle Menschenrechte, die überall in Europa nicht nur auf dem Papier, sondern in der politischen und gesellschaftlichen Praxis gewahrt sein müssen. Die SPD unterstützt daher die organisatorische Entwicklung muslimischer Gemeinden und Organisationen, wenn sie die freiheitliche, demokratische Grundordnung achten. Die demokratische Grundordnung und damit auch die Grundwerte auf denen sie basiert, werden von einigen europäischen Staaten immer unverhohlener konterkariert. Viele Musliminnen und Muslime werden durch rechtspopulistische Hetzkampagnen angefeindet und aufgrund ihres Glaubens diffamiert. Dies verursacht Brüche in den Grundpfeilern, die den Zusammenhalt innerhalb Europas tragen. Die SPD kämpft für ein soziales Europa frei von Diskriminierung. Zur präventiven Stärkung unserer Wertegemeinschaft wollen wir im EU-Haushalt einen „Fonds für europäische Grundwerte“ einrichten. Damit könnten Nichtregierungs- und zivilgesellschaftliche Organisationen überall dort direkt unterstützt werden, wo Demokratie und Rechtsstaatlichkeit besonders unter Druck stehen und wo Diskriminierung stattfindet.

Frage 3:

Über die außenpolitische Bedeutung der EU: Wie geht es weiter im Verhältnis USA - Europa und Großbritannien - Europa?

Antwort:

Wir streben eine Europäische Souveränität an, die es Europa ermöglicht als aktiver Akteur auf der Weltbühne für seine Werte und Lebensweise einzustehen. Europa darf nicht zum Spielball anderer werden, es muss sein Schicksal stärker selbst in die Hand nehmen können. In dieser Weltordnung wollen wir Europa als Friedensmacht positionieren, die steht für eine solidarische Kooperation zur Gewinnung und Erhaltung des Friedens, für die universelle Gültigkeit der Menschenrechte und für die Teilhabe aller Menschen überall auf der Welt am Wohlstand dieser Welt.

70 Jahren lang traten die USA ein für Freiheit, Wohlstand und Sicherheit in Europa. In dieser Zeit profitierten wir wie kaum ein anderes Land von der Europäischen Integration und der Einbindung in die transatlantische Gemeinschaft. Gleichwohl haben wir registrieren müssen, dass die Weltordnung, die wir gekannt und an die wir uns gewöhnt haben, so nicht mehr besteht. Jahrzehntelange Allianzen werden im Twitter-Takt in Frage gestellt. Dass ein US-Präsident ein offensichtliches Interesse an einer schwachen und uneinheitlich agierenden Europäischen Union hat, ist neu und bedarf neuer Antworten (siehe auch Antwort auf Frage 4).

In diesem Zusammenhang stellt uns auch der immer noch drohende Austritt Großbritanniens für eine Prüfung der Einheit Europas. Wir wollen die Beziehungen zwischen der EU und Großbritannien auch nach dem absehbaren Brexit eng und partnerschaftlich gestalten. Großbritannien verlässt vielleicht die EU, bleibt aber immer ein wichtiges und starkes Land in und für Europa. So bleibt insgesamt die EU-Erweiterungspolitik wichtig, um Frieden, Stabilität und Zusammenarbeit zu fördern. Zugleich muss die EU durch innere Reformen ihre Handlungsfähigkeit sicherstellen.

Frage 4:

Ist eine erfolgreiche Außen- und Sicherheitspolitik der EU mit einem einheitlichen Auftritt gegenüber Drittstaaten erstrebenswert und möglich?

Antwort:

Die Sicherung des Friedens, die soziale Gestaltung der Globalisierung, der Klimawandel, die Ursachen von Flucht und Vertreibung – zu diesen weltweiten Herausforderungen kann Europa mit der vereinten Kraft seiner 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger einen entscheidenden Beitrag leisten. Wir wollen, dass Europas Fahne das neue Banner der freien Welt bleibt. Gemeinsam müssen wir dafür sorgen, dass Europa zusammen mit anderen Partner sein ganzes politisches Gewicht einbringt und eine friedliche, gerechte und regelbasierte internationale Ordnung fortentwickelt. Wir streben eine Europäische Souveränität an, die es Europa ermöglicht als aktiver Akteur auf der Weltbühne für seine Werte und Lebensweise einzustehen. Europa darf nicht zum Spielball anderer werden, es muss sein Schicksal stärker selbst in die Hand nehmen können. Unsere EU-Außenpolitik basiert auf der Einhaltung der Menschenrechte mit einem besonderen Augenmerk auf Frauenrechte und die Gleichstellung der Geschlechter. Angesichts von Kriegsgefahren, Kriegen und Krisen sind hierfür die Herausforderungen deutlich gestiegen. Die SPD spricht sich Deshalb klar für einen europäischen Außenminister / eine Außenministerin aus. Das Amt des „Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik“ wollen wir fortentwickeln, damit Europa mit einer Stimme sprechen und die gemeinsamem Interessen in der Welt klarer vertreten kann. Zudem gilt es, das Einstimmigkeitsprinzip bei außenpolitischen Entscheidungen abzuschaffen. Der Rat der europäischen Außenministerinnen und Außenminister soll mit Mehrheit entscheiden können. So können wir schnell und verbindlich Position beziehen.

Frage 5:

Was sind Ihre Vorschläge für einen nachhaltigen Umwelt- und Klimaschutz?

Antwort:

Wir stehen zu unserer Verantwortung gegenüber heutigen und künftigen Generationen und setzen uns für eine ambitionierte Klimapolitik und eine europaweite Energiewende ein. Den damit verbundenen Strukturwandel wollen wir im Interesse der Beschäftigten gerecht gestalten. Wir wollen dafür Europas Industrie möglichst klimaneutral und gleichzeitig wettbewerbsfähig ausgestalten und die Europäische Energieversorgung CO₂-neutral und bezahlbar sicherstellen. Um das Ziel des Pariser-Abkommens zu erreichen, unterstützen wir eine Anhebung des europäischen Klimaschutzziels auf mindestens 45 Prozent Treibhausgasminderung bis 2030 (Basisjahr 1990). Sowie das langfristige Ziel der Treibhausgarneutralität bis 2050. Zudem will die SPD weiterhin ambitionierte Schritte zur schnelleren Umstellung des Energiemixes hin zu mehr erneuerbaren Energien in ganz Europa vereinbaren. Dazu gehört das Funktionieren des europäischen Emissionshandels weiterhin sicherzustellen, ebenso wie die Einführung eines CO₂-Preises für die Sektoren, die nicht vom Emissionshandel erfasst sind. Die Europäische Forschungsförderung werden wir darauf ausrichten, Innovation zur Umstellung unserer Wirtschaft auf Klimaneutralität und zur Klimaanpassung zu entwickeln.